

unabhängige Stellung der ganzen Sache, der sich... die Rheinlandkommission übertrug. Die „Times“... einen unermesslichen energetischen Aktion, wenn England... nicht in die tatsächliche Anerkennung der autonomen... durch die Rheinlandkommission vertritt... werden sollte.

Separatistenfreiheit.
Vor einiger Zeit hatte die Rheinlandkommission in Coblenz beschlossen, daß das Deutsche Reich dem Separatisten... Josef Smets in Köln eine Entschädigung von 50 000 Goldmark zu zahlen habe, weil im Frühjahr vorigen Jahres ein Ultimatum gegen ihn verübt worden war.

Selbstverständlich haben die deutschen Behörden die Zahlung dieser Summe abgelehnt. Die Rheinlandkommission oder besser gesagt die Franzosen, haben nunmehr beschlossen, daß der Vertrag bei einer öffentlichen Ruffe des Reichs zu beschließen sei.

Der Frankentzug und seine Wirkung auf das Saargebiet.
Aus Saarbrücken wird gemeldet, daß infolge des Frankentzuges und der schnellen Luftwärtsbewegung der Geldmittlepreise die Arbeiterchaft die Auszahlung von Geldlöhnen verlangte unter Androhung des Generalstreikes. Die Grubenwerke sind von französischem Militär besetzt.

Kauf der „Times“ zur Verringerung des deutschen Not.
Die „Times“ veröffentlichte einen Aufruf zur Verringerung des Not in Deutschland, der von einer großen Zahl hervorragender Persönlichkeiten unterzeichnet ist, darunter von Asquith, Ramsay MacDonald, Lord Balfour, General Smuts, Arthur Henderson, Professor Keynes sowie zahlreichen Behörden. In dem Aufruf heißt es: Kälte, Hunger und Verzweiflung hätten große Teile des deutschen Volkes im besetzten und unbesetzten Gebiet überhäufigt. Während des ganzen Jahres habe im Ruhrgebiet und Rheinland Arbeitslosigkeit geherrscht und zu diesem Elend sei jetzt noch der allgemeine industrielle Zusammenbruch hinzugekommen, der zur vollständigen oder teilweisen Schließung der Fabriken geführt habe mit darauffolgender allgemeiner Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland. Die deutschen Arbeiter hätten ebenso wie der deutsche Mittelstand hoffnungslos Armut gegenüber. Es könne nicht angenommen werden daß das britische Volk, was auch immer seine Ansichten über die Ursachen dieser Katastrophe sei, unbewegt beiseite stehen und zuschauen werde, wie Frauen und Kinder sterben.

Französischer Spott über MacDonald.
Die Rede Ramsay MacDonalds in der Albert Hall wird von den französischen Zeitungen für wichtiger erklärt, als die Eröffnung des Unterhauses. Das Programm des englischen Arbeiterführers wird mit feiner Ironie verspottet, die überlegen sein soll, aber nicht ganz echt klingt. „Die Jugendlichen sind diese Leute von der Arbeiterpartei mit ihren unheimlichen Ideen“, schreibt der „Gaulois“. Nach dem „Figaro“ hat Ramsay MacDonald ein Programm verkündet, das alle Menschen glücklich machen muß. Er wolle ganz einfach das Paradies auf Erden schaffen. Seine Wästel, alle Grundstücke auszutreten und aus dem Völkerbund einen Friedensstempel zu machen, sei ausgesetzt. Er müsse nur noch sagen, wie er sich die Ausführung dieses Planes denke. Wenn er erkläre, „ich will den Frieden“, dann wäre es doch interessant zu erfahren, an welchen Frieden er denken will. Sollte etwa Frankreich allein seinen Frieden entsagen? Nichts sei leichter und dankbarer, als eine schöne Programmrede zu halten, die Schwierigkeiten kämen erst dann, wenn die Rede zu Ende sei und das Handeln beginnen soll. Bei der Eröffnung des Unterhauses gab es nach den französischen Zeitungen nur eine interessante Szene: als Baldwin und Ramsay MacDonald sich die Hände schüttelten.

Der kommunistische Vandalismus.
Die kommunistische „Dynamite“, die seit Wochen Dokumente aus dem Nachlaß des russischen Finanzagenten Raffailowitsch veröffentlicht, um seine Beziehungen zur Pariser Presse in den Jahren 1905 und 1906 darzulegen, beschäftigt sich seit gestern mit diesen Beziehungen im Jahre 1912. Die „Dynamite“ sucht nachzuweisen, daß, als damals ein internationale Kräfte auszubringen drohte, der russische Vorkämpfer Raswolski einen Einfluß auf die Pariser Blätter auszuüben suchte. Die Quotidienne ist erfreut darüber, daß in diesem Dokument die Namen Poincaré und Klotz enthalten sind und stellt die Frage: Haben Sie die Presse kaufen lassen, um die Wege zur Kritik zu öffnen, meine Herren? Hierauf muß geantwortet werden.

Die Metallwerke in Deutz geschlossen.
Bei den Metallwerken in Deutz hat die Arbeiterchaft, ohne das Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen für die gesamte Metallindustrie abzuwarten, besondere Lohnforderungen gestellt. Teile der Arbeiterchaft stellen die Arbeit ein. Anschläge der Firma, die zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderten, wurden abgelehnt und mit Wiederholung der Arbeit überhaupt geantwortet. Darauf hat die Firma das Werk geschlossen und die 8000 Arbeiter entlassen.

10tägige Arbeitszeit in der rheinisch-westfälischen Zementindustrie.
Auf Lokalanzeiger ist für den Bereich des Arbeitgeberverbandes der rheinisch-westfälischen Zementindustrie nach längeren Verhandlungen der Übergang zum zehntägigen Arbeitstag vereinbart worden.

Kleinpolitische Meldungen.
Gegen den Ausnahmezustand. Der Gewerkschaftsrat deutscher Arbeiter, Angehörigen und Beamtenverbände verlangt durch einen einstimmigen Vorstandbeschluss die unverzügliche Aufhebung des militärischen und zivilen Ausnahmezustandes. Der Gewerkschaftsrat, die Spitzenorganisation der freiheitlich-nationalen Arbeiterschaft, ist als Gewerkschaft politisch neutral. In seiner Eingabe an den Reichstagspräsident schreibt der Gewerkschaftsrat u. a.: Die Fort-

daß der Ausnahmezustand muß angesichts der tatsächlichen ruhigen Lage verdrängend und aufhebend wirken und kann unter keinen Umständen mehr seinen ursprünglichen gestellten Zweck ansprechen, und für das deutsche Volk, insbesondere auch für den Staat als solchen, steht der Verlust des Ausnahmestandes und der inneren Autorität in der Welt auf dem Spiel, wenn weiterhin durch den Ausnahmezustand der Eindruck innerer Schwäche und Unsicherheit hervorgerufen wird. Inwiefern der Staat durch Beibehaltung des Ausnahmezustandes an Autorität verlieren soll, ist nicht recht abzusehen. Bei der inneren Unruhe, die noch nicht beigelegt ist, wird die Reichsregierung sich nicht so schnell zur Aufhebung des Ausnahmezustandes entschließen.

Die dritte Steuernotverordnung. Wie wir erfahren, bringt die dritte Steuernotverordnung eine nochmalige Erhöhung der Steuererträge des Vierteljahres Januar-April um rund 600 Millionen Goldmark. Damit ist die vollständige Deckung der Reichsausgaben in diesem Zeitraum ohne neue Inanspruchnahme des Kredits sichergestellt.

Eine Beschwerde der bayerischen Demokraten. Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages erhob Abg. Dr. Ditt (Dem.) scharfe Beschwerde dagegen, daß Staatskommissar Garel in Nürnberg eine öffentliche Beamtenversammlung der demokratischen Partei verboten habe und verlangte, daß der Minister des Innern dafür Sorge, daß solche Eingriffe unterbleiben. Die Demokraten ließen sich berartige Zustände nicht mehr länger gefallen. Der Redner bezeichnete es weiter als einen unerhörten Zustand, daß ein Teil der Presse unter einer ganz besonderen Kontrolle stehe und daß der Chefredakteur einer großen Münchner Tageszeitung zugleich politischer Vertreter des Generalstaatskommissars sei, obwohl das schon aus Konkurrenzgründen und aus Gründen des Tastes nicht angeht. Die Redner der bayerischen Volkspartei und der bayerischen Mittelpartei wandten sich vorbeständig der Möglichkeit der Darstellung Dr. Ditts ebenfalls gegen das Nürnbergerverbottungsverbot. Der Minister des Innern erklärte, den Fall sofort untersuchen zu wollen.

Don Stadt und Land.

Mus. 11. Januar.

Für unbedingte Wahlfreiheit bei den sächsischen Gemeindevahlen.

Der Militärbefehlshaber des Wehrkreises 4, Generalleutnant Müller, hat unterm 10. Januar folgende Verordnung erlassen:

„Um die Freiheit der Wahl bei den Gemeindevahlen im Freistaat Sachsen am 18. Januar 1924 zu gewährleisten, verordne ich im Interesse der Öffentlichkeit Ruhe und Ordnung auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. 9. 1923 und meiner eigenen vom 27. 9. 1923:

Verbieten ist jede Maßnahme gegenüber einem einzelnen Wähler, die geeignet ist, die Nachprüfung zu ermöglichen oder von keinem Wahlrecht Gebrauch zu machen hat.

Verbieten ist zum Beispiel die Verschönerung von Kontrollzettelchen an bestimmten Wähler sowie die der Kontrolle dienende Abstempelung oder Kennzeichnung von Kontrollzettelchen. Mitglieder des Wahlkreises oder sonstigen Urkunden.

Dagegen dürfen innerhalb des Wahlraumes Untersucher der einzelnen Parteien sich aufhalten, die auf Grund der in ihren Händen befindlichen Wahllisten oder Umschläge mit Anschriften von Wählern eine Kontrolle über die Wahlbeteiligung vornehmen.

Zwischenhandlungen, Aufforderungen und Anreize dazu, werden nach Ziffer 4 der Verordnung vom 26. 9. 1923, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft.

Das Verbot des Generalleutnant Müller wird seinen unmittelbaren Anlaß darin haben, daß die in Listenverbindung vereinigten drei proletarischen Parteien (S.P.D., K.P.D. und unabhängige Soz. Partei) gemeinsam beschließen haben, eine Wahlkontrolle durchzuführen. Danach sollte an jedem Wahllokal nach vollzogener Wahl ein Wahlaustritt entnommen werden, der am Montag von den Vertrauenspersonen in allen Wählkreisen zur Kontrolle eingefordert werden sollte. Auch die arbeitslosen Wähler und Wählerinnen in ähnlicher Weise kontrolliert werden. Diese Kontrollversuche sind nun durch den Erlaß des Generals Müller verboten.

Berliner Besprechungen Dr. Reinholdts. Der neue Finanzminister Dr. Reinhold ist nach Berlin gereist zu Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther. Sie werden hauptsächlich der Gestaltung der sächsischen Gewerbesteuer und der Vermeidung der Inflationsgefahr, wie sie durch die sächsischen Goldschuldschreibungen entstanden sein soll, gelten.

Widerspruch des Reichsfinanzministers gegen die sächsische Steuernotverordnung. Vom Zentralverband des Deutschen Großhandels wird inbezug auf die sächsische Notverordnung (Gewerbesteuer und Arbeitsbeschaffung) folgendes mitgeteilt: Wie uns auf unsere Eingabe das Landesfinanzamt Leipzig unter dem 8. Januar mitteilt, hat auch der Reichsfinanzminister auf Grund des Landessteuergesetzes bei der sächsischen Regierung Widerspruch gegen die Notverordnung vom 20. Dezember 1923 erhoben.

Antiprozentige Herabsetzung der Gütertarife. Wie wir erfahren, hat sich die Reichsbahn mit Rücksicht auf die antiprozentige Ermäßigung der Kohlenpreise entschlossen, zu einer Herabsetzung der Gütertarife zu schreiten, deren Höhe schon lange zu Klagen der Industrie und des Handels Anlaß gegeben hatte. Die Ermäßigung wird acht Prozent betragen und wird am 20. Januar in Kraft treten. Im Anschluß an diese Maßnahme will die Reichsbahn an eine Umwandlung des Gütertarifwesens überhaupt gehen, doch sind die Einzelheiten dieses Planes noch nicht bekannt.

Einwirkung in die Landespolizei. Durch die Aufstellung der sächsischen Disziplinärpolizei sind verschiedentlich Zweifel darüber entstanden, ob neben der Einwirkung in die Disziplinärpolizei noch eine Annahme von Volkseisenbahnen für die Landespolizei statfinde. Zur Klärung dieser Zweifel wird mit-

geteilt, daß nach wie vor junge Leute zum vollendeten 18. bis 24. Lebensjahre, die mindestens 1,60 Meter groß, unverheiratet und unbescholten sind, bei der Landespolizei als Wärter angenommen und auf der Landespolizeischule in Reihen ausgebildet werden. Ueber die weiteren Bedingungen geben die Stellstellen in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Plauen, Aitau und Weichen mündlich oder schriftlich bereitwillig Auskunft. Dort können auch unentgeltlich Fragebogen für die Werbung erbeten werden. Alle Einstellungsgesuche sind schriftlich an die Hauptmeldestelle bei der Landespolizeischule Reihen-Raschendorf zu richten.

Die höhere Staatslehre für Gartenbau in Weichen bei Dresden hat, wie die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei mitteilt, eine kleine einjährige, mit einigen Abteilungen versehenen Anstaltschule herausgegeben. Sie enthält u. a. eine Lehrstift über verschiedene Lehrgänge, deren Ziele und Lehrpläne, die Aufnahmebedingungen und die Ordnungen für die 1. und 2. staatliche Fachprüfung. Während die 1. Prüfung (Prüfung zum staatlich geprüften Gartenbauinspektor) als Abgangsprüfung des vorgeschriebenen Lehrganges an dessen Stoffplan gebunden ist, kann die 2. Prüfung (Prüfung zum staatlich diplomierten Gartenbauinspektor) nach Wahl des Prüflings in einem oder mehreren der Prüfungsgebiete (Gartenbau, Obst- und Gemüsebau, Botanische und Versuchsartenbau, Gartenkunst) abgelegt werden. Die Prüfungsleistungen des 2. Examen müssen sieben Jahre Praxis nachweisen und das 1. Examen bestanden sein. Beginn des neuen Unterrichtsjahres Anfang April 1924. Die Anstaltschule wird gegen Voreinsendung von 50 Pf. als portofreier Dienstnach von der Staatskanzlei verbannt.

Neue Rentenmarktscheine zu 2, 100, 500 und 1000 Mark. Durch die Reichsbank werden jetzt Rentenmarktscheine im Werte von 2, 100, 500 und 1000 Rentenmark in den Verkehr gebracht. Die genannten Scheine tragen das Datum vom 1. November 1923.

Verhaftungen und Untersuchungen. Am Sonntag, den 5. Januar wurde der in Vau allgemein bekannte Kommunist Böhm und ein gewisser Müller festgenommen und dem Gericht übergeben und zwar wegen Verstoßes gegen den Reichsdruck und Verstoß gegen die Reichsdruckgesetzgebung. Die Polizei nahm ferner am 6. Januar einen gewissen Münchener fest, der in der Fabrik, in der er beschäftigt war, Flugblätter („Der rote Drache“) verteilte. Ferner fand in Auerhammer eine Hausdurchsuchung statt, sie war von bedeutendem Erfolg. Die Hausdurchsuchung, sächsische und grüne Polizei, die diese Hausdurchsuchung vornahm, fand folgende Gegenstände: zwei Armespistolen, Revolver 08, dazu zwei Magazine mit 28 scharfen Pistolenpatronen, eine scharfe Handgranate, 11 scharfe Infanteriepatronen, zwei Wappatronen, eine selbstgepuffene Handgranate, 12 Zentimeter hoch und 10 Zentimeter breit, die hoch, aber nicht gefüllt war, einen Gummiknüppel mit Stahlkopf im Innern, etwa 60 Zentimeter lang, ein Jagdgewehr mit 24 Patronen und einen Rindenschädel, ein Stück Lebertreibriemen, höchstwahrscheinlich gestohlen, 22 Zentimeter breit, sowie 30 kommunistische Flugblätter. Bei dieser Hausdurchsuchung wurde ein gewisser Kirchhoff verhaftet. — Diese Funde werfen ein bestimmendes Licht auf das Verhalten der Kommunisten, das sie in Weichen überall an den Tag legen. Diese Funde charakterisieren aber auch das Verhalten der Inflationskämpfer, sich mit diesen Leuten zu verbinden, koste es was es wolle. Sie werfen auch ein bestimmendes Licht auf die Bestrebungen von verschiedenen Seiten, den Ausnahmezustand aufzuheben. Schließlich wird es auch nicht schaden, an diese Hausdurchsuchungsergebnisse zu denken, wenn man am nächsten Sonntag zur Wahl des Stadtparlaments geht.

Wahlentscheidung am 18. Januar 1924. Für die zweite Januarhälfte erfolgt die Wahlentscheidung an die Verordnungsbehörde am 18. Januar durch die Post. Es gelangen etwa die Beträge zur Auszahlung, die am 29. 12. 1923 gezahlt worden sind.

Familienabend. Kommen am Sonntag, den 18. Januar, findet im gefestigten Saale des Nikolaifarrhauses in Vau ein Familienabend statt. Herr Pfarrer Raumann aus Moritzburg wird in ihm ergehen von der Missionarbeit der Moritzburger Brüder und davon auch mehrere Lichtbilder vorführen, Herr Pfarrer Raumann hat bereits in einigen Orten, auch unserer Umgebung, von dieser gegenständlichen Arbeit berichtet und überall sind seine Vorträge mit großem Interesse aufgenommen worden. Darum wird auch hierdurch besonders auf den Abend aufmerksam gemacht, damit ihm ein reicher Besuch zu teil werde. Zum Singen einiger Lieder möchten die Gefangenen mitgebracht werden!

Die Schulfestlichkeiten für das Schuljahr 1924/25 sind vom Kultusministerium wie folgt festgesetzt worden: Osterferien vom 12. bis 20. April, Pfingstferien vom 7. bis 14. Juni, Sommerferien vom 12. Juli bis 18. August, Herbstferien vom 28. September bis 4. Oktober, Weihnachtsferien vom 23. Dezember bis 6. Januar. Sämtliche Daten verstehen sich einschließlich.

Sonnenaufgang am 12. Januar 8.02, Sonnenuntergang 4.16, Mondaufgang 11.04, Monduntergang 11.22 abends.

Konzerte.

Brahmsabend. Das Konzert der Volkshochschule Vau am Montag, den 14. Januar verspricht besondere Genüsse in den Liedern, die von der in Leipziger Kritiken sehr gelobten Künstlerin Lotte Reusel geboten werden. Zwei selten gehörte Lieder für Alt, Tenor und Klavier, ferner 6 herrliche Violonceller sind angefüllt. Kapellmeister Wittig spielt mit dem vorzüglichen Leipziger Geiger Paul Jungar die Sonate op. 100 für Klavier und Violon, und gemeinsam mit Dr. S. Friedrich bringen sie das Trio op. 101 zu Gehör.

Von den neuer Lichtspielbühnen

Carolintheater. In den wegen ihrer mit feinsten Geschmack zusammengestellten Spielpläne und wegen der Güte der einzelnen Filme besonders geschätzten Carolintheater, spielen läuft bis einschließlich Sonntagabend ein neues Programm, welches das Engländer aller Kinobesucher bilden wird. „Die japanische Waise“, deren erster Teil aber die weiche Hand tollt, verbindet mit einer sensationellen Handlung außerordentlich sportliche Darbietungen, sodas dieser Film als ein Sportfilm ersten Ranges anzusprechen ist. Segel-, Sport-, Schwimmsport, Autosport, Flugzeugsport, Fesselballon- und Bergsport, sie alle kommen auf ihre Rechnung mit Wagnis, die in Entzücken setzen. Das Spiel in dessen Mittelpunkt eine unerhörte Kritik — Das Spiel — steht, ist ganz vorzüglich, die einzelnen Bilder sind von technischer